

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXV/17

Bonn, den 27. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Der Geist von Den Haag bleibt 92

Die nächsten Schritte zur Schaffung des Europäischen Jugendwerkes
Von Egon C. Heinrich

3 Zum Protest nicht berechtigt 48

Das Konjunkturdämpfungsprogramm und die CDU in Schleswig-Holstein

4 - 5 Konferenz europäischer Kommunisten 70

Einigung nur über Lenins Geburtstag

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute

Einladung nach Warschau
Jedrychowski wiederholt alten Katalog
Nüchternes Zueinanderfinden notwendig
Statt in sieben Wochen in deutscher Verwaltung
Wirtschaftliche Kooperation mit Osteuropa
Im deutschen Volk nicht isolieren lassen
70. Geburtstag von Lisa Korspeter
Schlesische Handwerkerdichtung

Der Geist von Den Haag lebt

Die nächsten Schritte zur Schaffung des Europäischen Jugendwerkes

Von Egon C. Heinrich

Seit mehr als fünf Jahren wird von Jugendorganisationen, Parlamentariern und Regierungen die Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes angeregt und gefordert. Bereits in den Jahren 1965/66 brachte die SPD im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag Anträge ein, in denen Regierungen und europäische Institutionen zur baldigen Gründung eines solchen Jugendwerkes ersucht wurden. Auf der Grundlage eines Antrages, den MdB Käte S t r o b e l 1965 im Namen der sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments vorgelegt hatte, billigte das Europäische Parlament am 9. Mai 1966 einen Entschließungsantrag, der seither richtungsweisend für das Projekt eines Europäischen Jugendwerkes ist. Daraus resultierte dann ein entsprechender SPD-Antrag im Deutschen Bundestag. Gleichzeitig war der Straßburger Europarat in dieser Frage nicht untätig. Im sogenannten Rat für kulturelle Zusammenarbeit (CCC) des Europarats wurde intensiv an den Modalitäten eines Europäischen Jugendwerkes gearbeitet. Ein Schritt in dieser Richtung wurde in Straßburg mit der Schaffung eines Europäischen Jugendzentrums des Europarates getan.

Zuletzt hatte Bundeskanzler Willy B r a n d t in seiner großen Rede vor der EWG-Gipfelkonferenz in Den Haag am 1. Dezember 1969 ganz offiziell für ein Europäisches Jugendwerk plädiert. Wörtlich erklärte der Bundeskanzler vor den europäischen Staats- und Regierungschefs dazu:

- * "Wenn ich noch einmal auf die junge Generation aufmerksam mache,
- * so deshalb, um Sie von dem Wunsch der Bundesregierung zu unter-
- * richten, ein Europäisches Jugendwerk zu errichten. Wir fühlen uns
- * dabei ermutigt durch die im ganzen sehr guten Erfahrungen, die
- * wir mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk gemacht haben."

Inzwischen wurde nun die erste Etappe zur Gründung eines Europäischen Jugendwerkes erreicht. Die Forderungen scheinen langsam einer Realisierung entgegenzugehen, wenn auch vor allzu großem Optimismus und raschen Erfolgen gewarnt werden muß. Immerhin wurde auf einer Arbeitskonferenz, zu der sich am 8./9. Januar 1970 die Vertreter von 14 Staaten des Europarats trafen, grundsätzliche Einigung "über die Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes in naher Zukunft im Rahmen des Europarates" erzielt. Es ist besonders erfreulich, daß diese Konferenz auf Einladung und unter Federführung des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit stattfand; denn Frau Minister Käte Strobel und ihr Parlamentarischer Staatssekretär Heinz W e s t p h a l gehören seit vielen Jahren zu den eifrigsten Befürwortern dieses Projekts. Die Regierungskonferenz "Europäisches Jugendwerk" war zwar schon zu Zeiten der Großen Koalition geplant, aber immer wieder an der ablehnenden Haltung Frankreichs gescheitert.

Daß die französische Regierung jetzt zur Teilnahme an der Bonner Konferenz und zur Mitarbeit an dem Plan bereit ist, dürfte nicht zuletzt

eine Folge des Geistes von Den Haag sein. Paris konnte auch insofern ermutigt werden, als das Deutsch-Französische Jugendwerk durch das geplante Europäische Jugendwerk in keiner Weise beeinträchtigt werden soll. Im Communiqué der Bonner Konferenz heißt es dazu ausdrücklich, daß das Europäische Jugendwerk eine komplementäre Stellung neben den bilateralen Vereinbarungen und Einrichtungen einnehmen soll. Es soll engen Kontakt mit dem Europäischen Jugendzentrum in Straßburg und der Europäischen Jugendakademie in Österreich pflegen. Der österreichische Bundeskanzler Klaus hatte 1969 in einer Rede vor der Beratenden Versammlung des Europarates eine Europäische Akademie vorgeschlagen und die Bereitschaft Österreichs erklärt, dafür ein Schloß in der Nähe von Wien zur Verfügung zu stellen.

Drei Aspekte sind am Ergebnis der Bonner Konferenz besonders bemerkens- und begrüßenswert:

1. Das Europäische Jugendwerk soll von vornherein nicht auf die sechs EWG-Länder beschränkt, sondern im Rahmen der 18-Staaten-Organisation des Europarates angesiedelt werden;

2. Eine Mitwirkung im Europäischen Jugendwerk soll allen interessierten Staaten auch "unabhängig von der Mitgliedschaft im Europarat möglich sein". Damit ist die Tür für eine Beteiligung o s t europäischer Staaten offengehalten.

3. Nicht-staatliche Organisationen, d.h. vor allem die freien Jugendverbände, sollen in den Gremien des Jugendwerkes angemessen vertreten sein. Es wird also nicht von Regierungsbeamten über Jugendpolitik entschieden, vielmehr werden die Jugendvertreter von Anfang an konsultiert werden.

Das Ergebnis der Bonner Konferenz wird im Februar auf einer Sitzung des Rates für kulturelle Zusammenarbeit des Europarates weiter behandelt werden. Eine Arbeitsgruppe von acht Staaten soll sich mit dem Projekt weiter befassen.

In dieser Woche steht das Europäische Jugendwerk auch auf parlamentarischer Ebene zur Debatte. So führte die Beratende Versammlung des Europarates Anfang dieser Woche eine längere Diskussion über europäische Jugendpolitik, wobei das europäische Jugendwerk im Mittelpunkt stand. Der Parlamentarische Staatssekretär Heinz Westphal konnte in Straßburg mit Stolz auf das Ergebnis der Bonner Konferenz über das Europäische Jugendwerk verweisen. Wie er vor den 150 Parlamentariern darlegte, ist unter den 14 Staaten weitgehend Einigung erzielt worden. Heinz Westphal forderte die Parlamentarier auf, auch in ihren nationalen Parlamenten dieses Projekt aktiv zu unterstützen. Denn mit dem Europäischen Jugendwerk werde der Jugend eine selten wiederkehrende Chance der Mitwirkung geboten. Mit besonderer Genugtuung wurde in Straßburg die Aussage Westphals aufgenommen, daß das Europäische Jugendwerk auch von Anfang an osteuropäischen Staaten zur Mitgliedschaft offenstehen soll.

Auch der Bundestag wird sich im Laufe dieser Woche mit dem Europäischen Jugendwerk befassen. Vor dem Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit findet eine Anhörung von Experten dazu statt. Leider ist dieses Hearing nicht öffentlich. Gerade jugendpolitische Fragen sollten in voller Öffentlichkeit von den jungen Zuhörern ausdiskutiert werden.

Es ist also nicht bei der Erklärung Willy Brandts vor dem Haager Gipfeltreffen geblieben. Vielmehr machen sich die neue Bundesregierung sowie nationale und europäische Parlamente mit Energie an die Verwirklichung eines Europäischen Jugendwerkes, auf das die Jugend Europas seit vielen Jahren vergebens gewartet hat.

Zum Protest nicht berechtigt

Das Konjunkturdämpfungsprogramm und die CDU in Schleswig-Holstein

el. - Im Zuge des Konjunkturdämpfungsprogramms der Bundesregierung ist beabsichtigt, die Mittel für das Programm Nord an der schleswig-holsteinischen Westküste von 26 auf 22 Millionen Mark zu reduzieren. Ferner besteht die Absicht, um den Bau der Nord-Süd-Autobahn von Hamburg nach Flensburg hinauf zu strecken, 35 Millionen Mark von der sofortigen Ausgabe zurückzustellen.

Diese Fakten hat die CDU Schleswig-Holsteins zum Anlaß genommen, um lauthals in Richtung Bonn zu protestieren. Zweifellos wird die SPD-Opposition im Kieler Landtag bestrebt sein, bei der Mittelbeschaffung für das strukturell so schwache Land im Norden, das dringend Industrie-Arbeitsplätze nötig hat, zu helfen. Aber in der Sache muß doch auch auf folgende Fakten hingewiesen werden:

Bei dem Programm Nord war in den langen Jahren der CDU-Herrschaft in Kiel und Bonn all zu sehr, wie man sagt, "mit der Gießkanne gekleckert" worden. Es wurde fast nur an eine Erhaltung von Landwirtschaftsbetrieben gedacht. Sie bekamen auch dann noch Subventionen, wenn es einfach wegen der schlechten Bewirtschaftung gar nicht gerechtfertigt war.

In das Programm Nord ist niemals vorrangig die Ansetzung von Industrien in Mittelpunkortorten (was vorrangig ist, wenn man eine Landwirtschaft modernisiert, und dabei Arbeitskräfte freisetzt) einbezogen worden. Zudem ist Schleswig-Holstein in den letzten Jahren oft nicht in der Lage gewesen, aus dem eigenen Haushalt Komplementärmittel zwecks Inanspruchnahme der Bundesmittel zu leisten. Das war vor allem in jenen Jahren der Fall, als man bis 36 Millionen als Milchpfennige bereitstellte und damit eine unnötige und fast katastrophale Ausweitung auf diesem Landwirtschaftssektor herbeiführte.

Hinsichtlich der Nord-Süd-Autobahn gilt die Feststellung, daß es nicht Schuld des Bundesverkehrsministeriums ist, wenn die Planungen im Abschnitt vor Kiel, die Trassenführung und die Landankäufe nicht zügig vorangegangen sind. Das allein ist Schuld des Wirtschaftsministeriums in Kiel gewesen. Nun ist aber sichergestellt, daß bis zu den Olympischen Spielen im Sommer 1972 die Autobahn die Landeshauptstadt Kiel erreichen wird.

Zum anderen ist anzumerken, der Elbe-Tunnel kann ausschließlich wegen schwieriger technischer Gründe bei Hamburg nicht vor 1974 seiner Bestimmung übergeben werden. Insofern hat die Autobahn zum Norden hinauf nach Flensburg, wo bis dahin auch das dänische Autobahnnetz nicht angeschlossen sein wird, nur relativ geringen Wert. Zudem gibt es auch in Schleswig-Holstein schon die ersten Ruinen der Hochkonjunktur im Bau-sektor. Einzelne begonnene öffentliche Gebäude mußten schon stillgelegt werden, weil bei der Ausschreibung für den zweiten Bauabschnitt Preise eingereicht wurden, die doppelt so hoch als bislang waren.

Es ist unbestreitbar, Schleswig-Holstein hat eine Dämpfung seiner Baukonjunktur ebenso nötig wie andere Bundesländer, vielleicht sogar noch stärker, weil hier die Bauwirtschaft überproportional ausgeweitet wurde und das wiederum auf Kosten der so zwingend notwendigen Wachstumsindustrien.

Konferenz europäischer Kommunisten

Einigung nur über Lenins Geburtstag

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

In Moskau ist eine Sitzung von 28 kommunistischen Parteien Europas zu Ende gegangen. An der zweitägigen Konferenz nahmen, wie schon bei früheren Treffen ähnlicher Art, mehrere Parteien nicht teil, darunter die kommunistischen Parteien Irlands, Islands, Luxemburgs und auch Österreichs, wo sich die Partei offenbar im Zustand des vollkommenen Zerfalls befindet.

Auch aus Schweden war nur eine "linke" Fraktion der KP in Moskau eingetroffen, so daß man auf die stolze Zahl von 28 Teilnehmern nur gelangen konnte, indem sich die deutschen Kommunisten gleich durch vier Delegationen vertreten ließen, nämlich durch eine Gruppe der SED, eine andere der "Sozialistischen Einheitspartei Westberlins", eine Delegation der legalen DKP und eine andere der illegalen KPD, und auch San Marinos Parteiverband hatte gleichberechtigte Vertreter geschickt.

Obgleich demnach nicht zu übersehen ist, daß die von Moskau angestrebte kommunistische Einheitsfront nicht einmal mehr in Europa besteht, überrascht vor allem die Teilnahme des jugoslawischen "Bundes der Kommunisten", der bekanntlich schon seit 1948 nicht mehr auf Einladungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion reagiert hatte, wenn es um die Wiederaufnahme multilateraler Beziehungen ging.

Diesesmal hat Belgrad eine Ausnahme gemacht und zwei Vertreter nach Moskau entsandt, und zwar das Mitglied des Parteipräsidiums Dimite Belovski, der sich vorwiegend mit außenpolitischen Aufgaben befaßt, und den Chef der Abteilung für internationale Beziehungen und Verbindungen beim Präsidium des "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens", Drago Kunc, früher offizieller Sprecher des Belgrader Staatssekretariats für auswärtige Angelegenheiten, von dem es in eingeweihten Kreisen heißt, er solle Belgrad nach Wiederaufnahme vollster diplomatischer Beziehungen in Peking vertreten.

Schon die Zusammensetzung dieser kleinen jugoslawischen Delegation weist darauf hin, daß es dem "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" bei seinem Entschluß, wieder an multilateralen Parteigesprächen teilzunehmen, nicht so sehr auf die Entwicklung der zwischenparteilichen Beziehungen zur KPdSU angekommen ist, die durch neue Angriffe Moskaus

auf die besondere Belgrader Linie gerade eben neuen Belastungen ausgesetzt worden sind, sondern eher auf die außenpolitischen Fragen, die diesesmal in Moskau auf der Tagesordnung standen.

Moskau hatte nämlich, als es die Einladungen verschickte, den kommunistischen "Bruderparteien" in Europa den neuen Vorschlag gemacht, eine Konferenz der europäischen Völker vorzubereiten, die der Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz auch bei den "breiten Massen" Unterstützung verschaffen sollte. Ähnlich wie bei früheren Aktionen des sowjetischen Außenministeriums wollte Moskau eine "Volksbewegung" entfesseln, an deren Spitze natürlich die einzelnen kommunistischen Parteien stehen sollten.

Belgrad hielt diese Idee für derart attraktiv, daß es sich zur Teilnahme an den Moskauer Beratungen entschloß, doch gingen die jugoslawischen Kommunisten von ganz anderen Absichten aus.

Ihrer Meinung nach sollten an einer derartigen "Konferenz der europäischen Völker" nicht nur die Kommunisten und die mit Moskau sympathisierenden Kreise Europas teilnehmen, sondern, wie es hieß, "alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte", wobei man in Belgrad vor allem die westeuropäischen Demokraten versteht - Belovski hatte zuvor Gespräche zum Beispiel auch mit der SPD geführt.

In einem derartigen Teilnehmerkreis wäre den jugoslawischen Kommunisten, die zwischen den Fronten stehen, vermutlich sehr leicht eine Art Führungsrolle zugefallen, eine Möglichkeit, die den sowjetischen Bossen jedoch derart mißfiel, daß man in Moskau das Thema lieber schnell wieder von der Tagesordnung absetzte, um wenigstens noch einen zweiten Verhandlungstag mit Reden aufzufüllen und darüber zu diskutieren, wie man gebührend den bevorstehenden 100. Geburtstag Lenins feiern könnte.

Ogleich unter Kommunisten über einen solchen Punkt, wie man annehmen sollte, sehr leicht Meinungsidentität erzielt werden könnte, kam es jedoch auch hier zu einem Zusammenstoß: Bitter beschwerte sich Moskau darüber, daß Belgrad mit allen Mitteln den Druck einiger Broschüren und Zeitschriften in einer serbischen Druckerei verhindern will, die von der sowjetischen Botschaft in Auftrag gegeben worden sind.

Belgrads Antwort: Die Lenin-Gedächtniswerke der sowjetischen Botschaft, die fürs jugoslawische Publikum verfaßt worden sind, enthielten neben dem Leninlob auch eine anständige Portion an Kritik an Jugoslawien.